

PRESSEMITTEILUNG #41 – 07. Februar 2020

Martin Habersaat und Kai Vogel:

Die Landesregierung hat das Leitbild der inklusiven Schule aufgegeben

Mit Unterstützung einzelner Vorhaben und viel Entsetzen haben Bildungspolitiker der SPD-Landtagsfraktion auf den „Bericht zum Stand der Inklusion im schulischen Bildungsbereich“ (Drucksache 19/1913) reagiert. Martin Habersaat und Kai Vogel beklagten einen Verlust des Leitbildes, ein Zurückdrehen der Inklusion und eine mangelnde Haltung der Regierung:

Martin Habersaat: „Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion hat die Landesregierung einen Bericht zum Stand der Inklusion vorgelegt. In diesem wird offenbar, was wir befürchtet hatten: Die Landesregierung hat sich vom Leitbild der inklusiven Schule verabschiedet. Dieses Leitbild beschrieb eine Schule, die offen ist für alle jungen Menschen in ihrer Heterogenität. Dabei ging es nicht nur um Behinderungen oder sonderpädagogischen Förderbedarf, sondern auch um Vielfalt, das schloss beispielsweise die Hochbegabung ebenso ein wie den Migrationshintergrund oder unterschiedliche soziale Ausgangslagen. Jetzt der Schritt zurück, jetzt ist ein ‚Inklusionsschüler‘ wieder ein Schüler mit Behinderung. Und der soll offenbar tendenziell eher ein Förderzentrum besuchen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Förderzentren steigt, ihre Zahl in inklusiven Maßnahmen sinkt.“

Kai Vogel: „Inklusion ist Menschenrecht. Schleswig-Holstein war auf dem Weg zur Umsetzung dieses Menschenrechts schon vergleichsweise weit vorangeschritten. Es war seit 2014 Konsens, dass es jetzt nicht mehr um eine Steigerung der Quantität, sondern der Qualität gehen muss. Dann kam eine Bildungsministerin, die in Hamburg ebenso wie in Schleswig-Holstein Wahlkampf gegen Inklusion geführt hat, die zwar sagt, Inklusion sei Aufgabe aller Lehrkräfte, bei der ‚alle Lehrkräfte‘ dann aber eben nicht die an Gymnasien sind. Für uns ist jedes Menschenrecht ein Selbstzweck. Über die Haltung von Frau Prien, Inklusion sei das nicht, hat der Landtag bereits debattiert. Vielleicht hätten wir argwöhnischer sein sollen, als im Wahlprogramm der CDU für die Landtagswahlen 2017 ein eindeutiges Bekenntnis zur Inklusion fehlte und nur eine lange Liste der Bedenken und der möglichen Einschränkungen der Inklusion aufgezählt wurde.“